Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Gerichtsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.40 durch die Post M. 2.15, im Ausland mit entsprechendem Postaufschlag.
Annahme von Ankündigungen: Montags 10 v. Vorm. 8—3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11—1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Meißnerg. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile kostet 8 Silben 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) 1 Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.

Julius Beutler, Dresden, **Wallstr. 15,**
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und **Herde, Haus-, Küchen-** und **Landwirthschafts-Geräthe.**

Dresden, 1894.

Feinere **Wäsche** und **Mode-Waaren** für **Herren.**
Remke & Scheffler
Pragerstrasse 14.

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath, Wallstr. 8.

H. Kumpert
Dresden-A., Waisenhausstrasse 15 (Café König)
Stets moderne und **feine Neuheiten**
in allen Arten **Hüten, Schirmen, Shlipsen, Handschuhen** etc.
Schirmbezüge in 1—2 Stunden.

Feine **Ball-Corsets**
nach Maass; neueste Pariser, Brüsseler und Wiener Modelle.
Heinrich Plaul, Dresden, Wallstr. 25. Telephon Amt I 167.

Regenschirme in **grösster Auswahl.** Schirmfabrik **C. A. Petschke,** Wilsdrufferstr. 17.

Nr. 24. Spiegel: Kaiser und Fürst Bismarck. Sozialdemokratische Nothstandsdebatte. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Gesammtraths-Sitzungen, Gewerbeverein, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. | **Mittwoch, 24. Januar.**

Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck.

Berlin. Wie Wolffs Tel.-Bureau meldet, übergab der Flügeladjutant des Kaisers von Moltke gestern dem Fürsten Bismarck ein allerhöchstes Handschreiben, worin der Kaiser unter Ueberfendung einer Flasche alten Weines den Fürsten zur Reconvalescenz nach überstandener Influenza beglückwünscht.

Berlin. Die „Nordd. Allg. Ztg." sagt: „Man dürfe annehmen, daß die Entsendung des Flügeladjutanten von Moltke nach Friedrichsruh aus der ureigensten Initiative des Kaisers hervorgegangen sei". — Die „Köln. Ztg." erfährt, Fürst Bismarck erwiederte dem Kaiser dankend, er würde sich unmittelbar nach dem Geburtstage des Kaisers bei dem Kaiser in Berlin melden.

Einen Jubelsturm ohne Gleichen werden die vorstehenden Mittheilungen in allen deutschen Gauen entfachen. Die vollständige Aussöhnung zwischen Kaiser und Kanzler, die bereits durch den Depeschenwechsel zwischen Güns und Kissingen angebahnt worden war, steht nunmehr bevor. Der heiß ersehnte Tag, an dem sich der Enkel des greisen Heldenkaisers und dessen großer Rathgeber wieder die Hand reichen werden, bricht endlich an. So tief und schmerzlich wie die Trauer war, welche die verhängnißvollen Iden des Jahres 1890 in allen nationalgesinnten Patrioten erweckten, so nachhaltig und überwältigend wird die Freude sein, mit der das deutsche Volk die Versöhnung zwischen Kaiser Wilhelm II. und dem Fürsten Bismarck begrüßen wird. Hell und stark leuchtet wieder der nationale Gedanke im Deutschen Reich, wie in jenen Tagen, als die Einheit vor 23 Jahren durch die Kaiserproklamation besiegelt wurde. Einem Triumphzug, wie ihn Deutschland vielleicht nur erlebt hat in jener glorreichen Zeit, als die siegreichen Truppen von den Schlachtfeldern Frankreichs heimkehrten, wird die Reise gleichen, die der eiserne Kanzler in den nächsten Tagen antreten wird, um seinem kaiserlichen Herrn den persönlichen Dank und damit zugleich den Dank der Nation für den Beweis der hochherzigen Gesinnung und der edlen Antheilnahme darzubringen. Wie mit einem Schlag sind alle Sorgen, die so lange und so bitter auf den Herzen der Patrioten gelastet haben, verscheucht! Voller Hoffnung können wir wieder in die Zukunft schauen! Wie erlöst von einem schweren Alpdruck athmet Deutschland wieder auf: denn zu nichte ist die Befürchtung geworden, daß der Mann, dessen Name mit der Gründung des Deutschen Reiches unvergänglich verknüpft ist, in die Grube fahren könnte, ohne daß ihn der Kaiser wiedergesehen hat. Die kaiserliche Initiative hat alle Hindernisse hinweg geräumt, die sich zwischen Berlin und Friedrichsruh aufgethürmt hatten. Das beweist der Entschluß des Fürsten Bismarck, sich beim Kaiser in Berlin zu melden. Dieser Entschluß, den wir in erster Linie einer wahrhaft fürstlichen Regung Kaiser Wilhelms zu verdanken haben, ist ein Ereigniß von unübersehbarer Tragweite, das vor allem nicht ohne Einfluß auf die Lösung der schwebenden innerpolitischen Krisis bleiben kann. Die bevorstehende Kaiser-Geburtstagsfeier wird ein nationaler Dankes- und Jubeltag werden, wie es einst der 90. Geburtstag des ersten deutschen Kaisers gewesen ist.

Die Nothstandsinterpellationen der Sozialdemokraten scheinen eine stehende Institution im Reichstage werden zu sollen. Das geht deutlich aus der wörtlichen Uebereinstimmung der diesjährigen mit der vorjährigen Interpellation hervor. Ferner lassen die planmäßig angelegten, wohl berechneten Vorbereitungen, die getroffen wurden, um die ganze Aktion möglichst wirksam zu gestalten, erkennen, daß es den Interpellanten nicht etwa um die Beseitigung eines wirklich vorhandenen Nothstandes, sondern in der Hauptsache nur um die Befriedigung eines großen Partei-Reklamebedürfnisses zu thun ist. Als Resonanzboden der Anfrage im Parlament dienten fünf gleichzeitige große Arbeitslosen-Versammlungen, in denen fünf Matadore der Umsturzpartei ihre Brandreden vom Stapel ließen, während Liebknecht von der Rednertribüne des Reichstages herab seinen pathetischen Katheder-vortrag vom vorigen Jahre wiederholte. Nicht der dringlichen Noth des Augenblickes entsprang die Interpellation, sondern der Erwägung, daß wieder einmal ein großer Rummel in Scene gesetzt werden müsse, um die Unzufriedenheit der Massen zu schüren. Schon vor Wochen hat der Abg. Bebel bei Gelegenheit seiner Etatsrede angekündigt, daß seine Partei die Nothstandsfrage später wieder aufschneiden werde. Am wenigsten würde den Führern der Sozialdemokratie damit gedient sein, wenn ihre Interpellation etwa gar die Folge haben würde, eine thatsächlich bestehende Nothlage zu mindern. Denn je größer Noth und Elend sind und je mehr damit der Haß gegen die bestehende Gesellschaftsordnung zunimmt, umso üppiger wuchert der Weizen, den die sozialdemokratischen Hetzer säen. Es bedarf keines Beweises mehr, daß die Führer der sozialen Demokratie nicht die Förderung der Interessen des Arbeiterstandes bezwecken, die sie zu vertreten behaupten, sondern daß sie in erster Linie rein agitatorische Partei-Interessen verfolgen. Die Tribüne des Parlamentes wird fast ausschließlich benutzt, um die Gährung in den breiten Bevölkerungsschichten zu steigern.

Die Erfahrung, welche die Sozialdemokraten während der fünftägigen Nothstandsdebatten des Vorjahres gemacht hatten, hätten sie davor bewahren sollen, die damalige empfindliche Niederlage zu erneuern. Vor einem Jahre führte die sozialdemokratische Anfrage zu jenen großen Erörterungen über den Zukunftsstaat, in denen sich die Redner sämmtlicher nichtsozialdemokratischen Parteien in seltener Eintracht vereinigten, um die Utopien des revolutionären Sozialismus in der ganzen Haltlosigkeit und Widersinnigkeit darzuthun. Das Ergebniß des ersten Tages der diesjährigen Nothstandsinterpellation bedeutet eine erneute Niederlage für die Sozialdemokratie. Nicht einen einzigen positiven, ausführbaren Vorschlag vermochten die beiden sozialdemokratischen Wortführer vorzubringen. Staatssekretär von Bötticher wies an der Hand umfassender statistischer Erhebungen nach, daß zwar hier und da lokale Nothstände vorhanden seien, daß aber keineswegs von einem allgemeinen Nothstande die Rede sein könne, dergestalt, daß die staatlichen Behörden des Reiches eingreifen müßten. Nach den Mittheilungen des Vertreters der verbündeten Regierungen zeigt sich der Haupttheil des Nothstandes in den Städten und zwar beschwert er nicht bloß die industriellen Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber. Besonders ungünstig steht gegenwärtig das Baugewerbe da. Nicht günstig ist ferner die Lage der Eisenindustrie, des Erzbergbaues und der Spiegelglasfabrikation. Dagegen fehlt es doch auch nicht an einer Reihe von Industrieen, in denen man nicht über eine schlechte Geschäftslage zu klagen hat, und wo die Arbeiter ausreichend entlohnt und beschäftigt sind. Dazu gehören: die Zuckerindustrie, ein großer Theil der chemischen, die Schuhwaarenindustrie, die Brauereien, der Kohlenbergbau, der allerdings mit gedrückten Preisen zu thun hat, aber voll in Thätigkeit ist. Nicht ungünstig ist auch die Lage der Textilindustrie, die eine große Zahl von Arbeitern beschäftigt, und die nur in wenig Branchen ein trüberes Bild zeigt. Die Nachfrage nach Arbeit ist in vielen Distrikten recht erheblich gewesen, aber andererseits fehlt es auch nicht an Distrikten, wo die Nachfrage nach Arbeitern nicht hat befriedigt werden können. Einmal ist ein Arbeitermangel in der ostpreußischen Landwirthschaft vorhanden. Aber auch in anderen Distrikten, in der Pfalz, in Oberfranken, in Mittel- und Unterfranken, in Schwaben und in Sachsen. Die Löhne haben im Allgemeinen eine weichende Tendenz nicht verfolgt, vielmehr hat sich unzweifelhaft ergeben, daß sie sich in aufsteigender Linie bewegen. Unter den Gründen, die den Nothstand befördern, führte Herr von Bötticher die Einwirkung „gewisser" Agitatoren an, welche die Arbeiter zu bestimmen wissen, die Arbeit niederzulegen, wenn ihnen ein bestimmter Minimallohn nicht bewilligt wird. Auffällig war es, daß der Staatssekretär sich ausdrücklich dagegen verwahrte, daß diese „gewissen" Agitatoren Sozialdemokraten seien. Vor einem Jahre trugen ihm seine Komplimente den sozialdemokratischen Führern gegenüber das Versprechen derselben ein, daß er im Zukunftsstaate seinen gegenwärtigen Posten nicht verlieren solle. Herr von Bötticher richtete in der vorjährigen Nothstandsdebatte einen pathetischen Appell an den ehrlichen Willen und das gute Herz der Herren Sozialdemokraten. Er scheint auch heute noch von der Friedfertigkeit derselben überzeugt zu sein. Man muß daher annehmen, daß Herr von Bötticher naiv genug ist, dem Abg. Liebknecht vertrauensvoll Glauben zu schenken, als derselbe im Hinblick auf die Vorgänge bei der letzten Demonstration der „Arbeitslosen" in Berlin ausrief: „Wenn am Donnerstag die Straßen Berlins frei geblieben sind von Bürgerblut, haben Sie das nur der Sozialdemokratie zu verdanken!" Eugen Richter bezeichnete sich kürzlich als den Führer der Hilfstruppe Sr. Majestät des Kaisers. Vielleicht kommt es nun auch noch so weit, daß die Herren Liebknecht, Bebel und Singer als die berufenen Wächter von Gesetz, Ordnung und Autorität sanktionirt werden.

Wie es zuweilen mit der Arbeitslosigkeit in Wirklichkeit bestellt ist, zeigten mehrere Beispiele, die Herr von Bötticher anführte. Von den 1072 am 7. December 1892 in Mannheim befindlichen Arbeitslosen meldeten sich nur 321 Arbeiter und in der kältesten, arbeitslosesten Woche nur 100—200 auf dem städtischen Arbeitsnachweise. In Straßburg sind 500 Schneeschipper nicht zu haben gewesen. In Stuttgart, wo man 2050 Arbeitslose gezählt hatte, meldeten sich, als man Arbeit nachwies, nur 255. Im Bebelschen Wolkenkukuksheim, wo Jeder nur diejenigen Arbeiten zu verrichten braucht, die ihm angenehm sind, wird sich darnach schwerlich Jemand finden, der die mühselige Arbeit des Schneeschippens verrichten möchte. Vielleicht dekretirt man im Zukunftsstaate die Herren Bebel, Singer und Konsorten zu dieser Arbeit, zur Strafe dafür, daß sich ihre Versprechungen als nichtige Phantasieen und eitle Flunkereien erwiesen haben.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 23. Januar.

Hamburg. Die Absendung des Flügeladjutanten Major v. Moltke nach Friedrichsruh kam den hiesigen eingeweihten Personen völlig überraschend. Der Fürst und sein Gast machten Nachmittags eine Spazierfahrt, nahmen später gemeinsam das Mittagsmahl ein und am Abend fuhr Major v. Moltke wieder nach Berlin ab. Auch schon das Erscheinen des Grafen Herbert Bismarck auf dem Ordensfeste zum ersten Male nach seinem Rücktritt aus dem Amte, sowie die auszeichnende Behandlung, die ihm seitens einiger Mitglieder der Kaiserl. Familie zu Theil wurde, ist viel bemerkt worden. Dem Kaiserl. Entgegenkommen dürfte sonach, zumal bei der Verworrenheit der augenblicklichen politischen Lage Deutschlands, tiefere Bedeutung beizulegen sein. Die „Hamb. Nachr." schweigen sich vorerst noch vollständig aus.

Berlin. Hier waren Extrablätter verbreitet, welche den Besuch des Fürsten Bismarck zu Kaisers Geburtstag ankündigen. Diese Nachricht ist jedoch verfrüht.

Berlin. Reichstag. Das Haus ermächtigt das Präsidium, dem Kaiser die Glückwünsche des Hauses zu seinem Geburtstage zu übermitteln. Dann wird die Berathung über die sozialdemokratische Nothstandsinterpellation fortgesetzt. — Abg. Dr. Krotoschek (kons.) weist die Gespensterseherei Bebels zurück, der überall agents provocateurs wittere und wahre Schauerromane hier vorgetragen hat. Es ist unbegreiflich, wie so ein kluger und klarer Kopf wie Bebel derartige Geschichten hier auftischen könne. Daß Anarchisten und Sozialdemokraten in ihrem Ursprung und ihren letzten Zielen auseinandergehen, das bestreite ich nicht, aber in dem, was dazwischen liegt, sind sich Beide verzweifelt ähnlich. Beide wollen die bestehende Gesellschaftsordnung beseitigen, Beide bedürfen für ihre neue Welt Menschen, wie es deren nicht giebt und nie geben wird, Menschen ohne Sünd und Fehl. Wenn wir wieder einmal durch das Thor der Revolution in den großen Kladderadatsch eintreten sollten, würde es an Blut nicht fehlen. Die Anarchisten sind weiter nichts, als was die Sozialdemokraten einmal gewesen sind. Sie werden vielleicht den viergeschmähten Staat und die Polizei noch einmal anflehen um Schutz gegen die Anarchisten. Wenn wir erst den russischen Handelsvertrag haben und die Landwirthschaft ganz ruinirt ist, wird die Arbeitslosigkeit wachsen. Wenn immer Arbeiter vom Land nach der Stadt ziehen, werden die Löhne der industriellen Arbeiter gedrückt. Wenn dann der große Kladderadatsch kommt und das Land entvölkert ist, dann wird freilich kein Halt mehr sein. Sie verlangen, das Reich solle neue Arbeitsgelegenheit schaffen, aber Sie und Herr Richter sind ja die Letzten, die für neue Ausgaben stimmen. Arbeitsnachweis durch das Reich wäre ganz schön, aber wie würden Sie schreien, wenn der heutige Staat Arbeiter nach dem Osten schicken wollte, weil dort Arbeit vorräthig sei. Sie haben noch gar nichts für die Arbeiter gethan. Jede barmherzige Schwester, die Suppe ins Haus eines Armen bringt, thut mehr. (Lebhafter Beifall rechts, Widerspruch links.) Den Armen geht's am besten in der Monarchie, den Reichen am besten in der Republik. Wie es im „Vicar of Wakefield" heißt: Die Monarchie ist am besten in der Lage, mit starker Hand zu Gunsten der Armen einzugreifen, sie kann es aber nur, wenn sie festhält an dem Glauben an Jesus Christus. (Lebhafter Beifall rechts.) — Abg. Singer (Soz.): Wir theilen die Anschauungen der Anarchisten nicht, aber sie ist nun einmal eine Weltanschauung und sie soll deshalb nicht unnöthig mit Polizeimaßregeln bekämpft werden. Wir sind nicht Beschützer der anarchistischen Versammlungen, aber wir wollen solche Brutalitäten nicht, wie sie am Donnerstag die Polizei verübte. Ein Arbeitsnachweis ist ohne polizeiliche Zwangsmaßregeln durchführbar. Die Diakonissinnen sind bei Ihnen auf der Rechten nur Ausnahmen, in Hamburg haben sich während der Cholera die sozialdemokratischen Freiwilligen in den Dienst der Krankenpflege gestellt, während die reichen Bourgeois den Staub von ihren Füßen schüttelten. Der Staatssekretär, der uns zurief, uns zu bessern, möge in den Reichsämtern damit anfangen und die sozialpolitische Gesetzgebung fördern. Wenn Arbeitgeber auch bei schlechtem Geschäftsgange einen Theil ihrer Arbeiter behalten, so thun sie es nur, um sich einen Stamm für bessere Zeiten zu sichern, aber nicht aus Opferwilligkeit. Daß das Auftreten der Polizei am Donnerstag ein brutales war, war in allen Zeitungen zu lesen. Für die Gummischläuche ꝛc., die von der Polizei verwandt wurden, muß dabei noch die Bürgerschaft die Kosten aufbringen. Unbefangene mußten glauben, daß die Polizei Krawall zu veranlassen beabsichtigte, um ein neues Sozialistengesetz zu rechtfertigen. Redner beschuldigte dann einen Journalisten Reuß, derselbe habe in London gegen 450 Mk. monatliche Bezahlung de Reve ans Messer geliefert. Dieser Reuß, der dem Londoner Anarchistenklub angehörte, aus diesem aber hinausgeworfen worden sei, stehe noch jetzt mit hohen Persönlichkeiten in Verbindung und sei täglich im Foyer und auf der Journalistentribüne des Reichstags. Wollen Sie sein Portrait sehen, so betrachten Sie das Kissinger Huldigungsbild; dort befindet er sich neben dem Grafen Herbert Bismarck. Die Polizei ist also kein so unschuldsvoller Engel. Derselbe Reuß hat zuerst das Nadieschen Attentat in die Presse gebracht. — Staatssekretär v. Bötticher: Ich habe im Vorjahre, so auch diesmal eine Nothlage anerkannt und den Arbeiterstand keineswegs der Faulheit bezichtigt. Im Reiche bestehen jedenfalls Anzeichen dafür, daß der Nothstand in der Abnahme begriffen ist. Es kann nicht Pflicht des Reiches sein, überall da einzuschreiten, wo ein lokaler Nothstand hervortritt. Hier Remedur zu schaffen, ist Sache der betreffenden Landesregierung. Wenn Abg. Singer meinte, bei solchem Vorgehen der Polizei wie am Donnerstag würden die Arbeiter schließlich mit Revolvern auf die Straße gehen müssen, so möchte ich die Arbeiter doch bitten, das zu unterlassen, es könnte zu bedenklichen Konsequenzen führen. Aus dem Inhalt der amtlichen Berichte ergiebt sich, daß die Polizei gereizt worden sei, ihre Anordnungen sind nicht befolgt worden und Die, welche Widerstand leisteten, haben nur den verdienten Lohn erhalten. — Abg. Bock (Centr.): Bezüglich des Arbeitsnachweises könnten die Gemeinden Ersprießliches leisten. Seine Freunde würden keine Gelegenheit versäumen, die Lage der Arbeiter zu verbessern; ganz beseitigen lasse sich der Nothstand nicht, aber die korporative Gestaltung der Stände werde dazu beitragen, diesen zu mildern. — Abg. v. Kardorff (kons.): An der Arbeitslosigkeit sind viel die Sozialdemokraten ja selber schuld. Mit ihren Handelsverträgen entvölkern sie das flache Land und gerade dessen Kaufkraft ist für uns wichtiger als das Ausland. Wollen sie den Nothstand beseitigen, so müssen sie den Schutz der nationalen Arbeit aufrecht erhalten, den Fürst Bismarck inaugurirt hat, von dem ich zu meiner Freude gehört habe, daß wir demnächst seinen Besuch hier in Berlin zu erwarten haben. (Lebhafter Beifall.) Die jetzigen Zustände sind nur die Folgen des Weges, daß man die Politik des Fürsten Bismarck verlassen hat. Auch die Autorität des Gesetzes gegenüber den Sozialisten müsse gekräftigt werden. — Abg. Galler (südd. Volksp.) wendet sich gegen den Centrumsantrag, betreffend den Kolportagebuchhandel. Die Annahme dieses Antrags würde viele Kreise brotlos machen. — Nachdem noch Abg. Kühn (Soz.) unter großer Unruhe des Hauses im Schlußwort den sozialdemokratischen Standpunkt aufrecht erhalten hat, wird die Debatte geschlossen. — Morgen: Anträge aus dem Hause.

Berlin. Abgeordnetenhaus. Erste Berathung des Etats für 1894/95. Abg. v. Strombeck (Centr.) empfiehlt u. A. eine Herabsetzung der Eisenbahntarife nach belgischem Muster und bedauerte, daß man im Reiche nicht sparsamer wirthschafte. Durch die Steuervorlage werde nur der Sozialdemokratie in die Hände gearbeitet. Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) tadelt die Haltung der Regierung gegenüber der Landwirthschaft und die Vertragspolitik. Das, was die Thronrede verspricht, erinnert an den Mann, dem man die Kuh nimmt und dafür eine Ziege giebt. Wir stehen, sagte Graf Limburg u. A., in unverbrüchlicher Treue zur Krone, aber man kann es uns nicht zumuthen, daß wir mit der Aenderung der Prinzipien einer Politik auch unsere Meinung ändern sollen. — Abg. Dr. Sattler (nat.-lib.) betont Namens seiner politischen Freunde mit aller Entschiedenheit die Nothwendigkeit, daß das Reich selbst die Mittel zur Deckung seiner Ausgaben aufbringe. In demselben Sinne sprach sich Abg. Frhr. v. Zedtlitz-Neukirch (freikons.) aus. — Abg. Pleß (Centr.) und Rickert (freis. Ver.) rechtfertigen die Haltung des Reichstags gegenüber der Steuerreform, da über den Bedarf hinausgefordert werde. — Finanzminister Dr. Miquel begründet die Reichssteuerreform mit der Nothwendigkeit, die Einzelstaaten vor einer Ueberlastung zu bewahren und hofft, daß die Reform unter Mitwirkung des Centrums schließlich doch noch zu Stande kommen werde. — Weiterberathung morgen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Dresden, Marienstraße 79.